

## Protokoll FG Wohnungsnotfallhilfe

**Datum: 25.05.2021 (Videokonferenz)**

**Zeit: 10.00 – 12.00 Uhr**

### 1. Begrüßung und Organisatorisches

Die Teilnehmenden sind damit einverstanden, dass dieses Meeting zu Protokollzwecken aufgezeichnet wird. Die Aufzeichnung wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Frau Schwabow (HVD) und Frau Christ (Bürgerhilfe) haben sich entschuldigt.

Im Vorfeld der Sitzung ist die Einladung mit Zugangslink nicht allen Mitgliedsorganisationen zugegangen. Wir bitten dies zu entschuldigen.

### 2. Protokollabstimmung der letzten Sitzung vom 16.03.2021, Ergänzung der Tagesordnung

Das Protokoll der letzten Sitzung wird ohne Änderungen verabschiedet.

### 3. Austausch und Information Wohnungsnotfallhilfe in Zeiten der Corona-Pandemie

Fortführung 24/7-Unterkünfte: Das Abgeordnetenhaus hat dem Antrag auf Verlängerung der 24/7 Unterkünfte zugestimmt. Die Unterkünfte werden vorerst bis 01.07.2021 verlängert und können je nach Pandemieverlauf noch um weitere 2 Monate verlängert werden. Ähnliches gilt für die Quarantänestation! Nähere Informationen in der Roten Nummer 3514 auf alsopfleg: <https://bit.ly/3fZiJlf>

Verlängerung des „Aufrufs zur Einreichung von Projektvorschlägen für „Wohnungslosenhilfe“ in Berlin im Rahmen des Berliner ESF-Programms 2014-2020 Prioritätsachse E (REACT – Programm der EU)“. Die Frist zur Einreichung eines Förderantrag ist von Seiten der SenIAS bis zum 14.06.2021 möglich. Ziel des Förderinstruments sind die **Einrichtung und der Betrieb von „24/7 Einrichtungen zur Aufnahme wohnungsloser, auf der Straße lebender Menschen**. Damit soll die Lebenssituation der Betroffenen nachhaltig verbessert werden. Durch die Schaffung von Unterkünften zum dauerhaften Aufenthalt sollen die Wanderbewegungen und täglichen Wechsel zwischen den unterschiedlichen niedrigschwelligen Angeboten für Aufenthalt, Verpflegung und Übernachtung durchbrochen und die Annahme weiterführender Hilfen gefördert werden.“ ESF-Mittel für 24/7 Unterkünfte (siehe unsere Rundmail vom 11.05.2021)

Austausch zum Stand der Impfung: Die Mitarbeitenden der anwesenden Einrichtungen nach §§ 67 ff. SGB XII haben Termine in Impfzentren vereinbart und sind teilweise bereits geimpft. Die Schreiben der Arbeitgeber zur Zugehörigkeit zur Prio-Gruppe 2 werden von den Impfzentren anerkannt, doch die Terminvergabe rückt aufgrund der Aufhebung der Priorität zugunsten der Gruppe 3 weiter nach hinten. Klient\*innen der HzÜ nach §§ 67 ff. SGB XII haben teilweise Termine über den Krisenstab erhalten (meist sehr kurzfristig innerhalb weniger Tage). Die Terminvergabe wird direkt vom Krisenstab mit einzelnen Trägern verabredet. Für Klient\*innen ist es schwierig einen Termin über die Hotline zu vereinbaren und die Impfbereitschaft wird insgesamt als eher verhalten wahrgenommen. Als unzureichend wird das Impfangebot in den stationären Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII wahrgenommen.

Zum 07.06.2021 soll die Impfverordnung bundesweit verändert werden und die Priorisierung vollständig aufgehoben werden. Problematisch dabei ist die dafür nicht ausreichende Impfstoffversorgung auf Bundes- und Landesebene. Eine Stellungnahme des Paritätischen Gesamtverbandes finden Sie unter <https://bit.ly/2SPK1da>

Versorgung mit PSA: Durch die Spende der BAGW besteht aktuell eine Sättigung an PSA. Sollte weiterhin Bedarf bestehen, können sich die Projekte und Einrichtungen per E-Mail bei Frau Radlbeck melden.

#### 4. Entgelte/BRV Soziales:

- AG Leistung der Ko 80 findet am 28.05.2021 statt, daher nichts Neues.  
Die UAG Gewaltschutzkonzept tagt derzeit einmal monatlich und entwickelt ein Gewaltschutzkonzept gemeinsam mit SenJug und der Datenschutzbeauftragten. Birgit Münchow (AWO Landesverband Berlin) und Daniela Radlbeck arbeiten für die LIGA-Verbände in der UAG mit.
- Beschluss Nr. 2/2021: Verlängerung Corona-Beschluss bis 30.06.2021: Die Verhandlungen zwischen Land und LIGA zur Erstattung von PSA dauern weiterhin an.
- Beschlussentwurf zur pauschalen Vergütungsfortschreibung 2022: Beschlussentwurf der LIGA soll in der kommenden Woche an das Land Berlin gereicht werden. Auf Liga-Ebene ist eine Debatte über den Anteil Personalkosten und Sachkosten bei der Maßnahmepauschale und Grundpauschale entstanden. Bisher lagen den Verhandlungen in der Ko 75 die Aufteilung PK und SK 80:20 zugrunde. Die Ko 131 der Eingliederungshilfe versucht in diesem Jahr 90:10 zu verhandeln. Rückfragen bei einigen paritätischen Trägern haben bisher eher die Aufteilung 80:20 bestätigt, d.h. aktuell haben wir **kein Mandat für eine 90:10 Aufteilung unserer Mitgliedschaft**. Im Beschlussentwurf der LIGA wird in dieser Verhandlungsrunde keine Angabe zur Aufteilung gemacht.  
In der nächsten Fachgruppe am 22.06.2021 werden wir gemeinsam mit Herrn Jakob von jakab consult die Thematik näher erläutern und vertiefen. Die Fachgruppe sprach sich dafür aus, eine komplette Sitzung zur Vertiefung zu nutzen. Wir bitten daher, am **22.06.2021 von 10- 12 Uhr** die entsprechenden **Vertreter\*innen mit betriebswirtschaftlichen Kenntnissen** der Mitgliedsorganisationen zu entsenden. Das Ziel wird sein ein Mandat für oder gegen eine Aufteilung 90:10 oder wie bisher für eine Aufteilung 80:20 aus den Reihen der Mitglieder für kommende Verhandlungen zu erhalten. Ein save-the-date wird kommende Woche versandt.
- KO 80: Die LIGA-Vertreter\*innen sprechen sich dafür aus, zukünftig eine eigene AG Vergütung zu berufen, um vergütungsrelevante Aspekte für die Wohnungslosenhilfe ligaübergreifend mit dem Land Berlin zu verhandeln. Für den Paritätischen soll ein/e Trägervertreter\*in gewählt werden, der/die Frau Radlbeck in künftigen Sitzungen der AG Vergütung unterstützen wird.
- Bericht der Bürgerhilfe zur Einzelverhandlung mit dem Land Berlin:  
Die Einzelverhandlung und das Schiedsstellenverfahren hat sich wirtschaftlich für den Träger gerechnet, das Angebot des Landes ist gut. Doch die Aufteilung der Maßnahmepauschale des Landes Berlins ist bezüglich der Kosten der Unterkunft sehr fraglich. Selbstzahler\*innen werden mit bis zu 800.-€ KdU im UGH belangt; die Kostenaufteilung hat sich seit Jahren nicht verändert, auf veränderte Rahmenbedingungen wird nicht eingegangen. Herr Helmchen wirbt für eine Offenheit der Träger unter paritätischem Dach, um künftig abgestimmt und sachlich relevanten Themen mit dem Land Berlin in Einzelverhandlungen ansprechen zu können.
- Die Krisenhäuser sind in ihrem Bestand stark gefährdet. Ein Positionspapier „Offener Brief an STS Fischer“ der drei Berliner Krisenhäuser <https://bit.ly/34xoRmC> und der Apell der Überparteilichen Fraueninitiative (ÜPFI) <https://bit.ly/34C49ly> liegt zum Download auf alsopfleg bereit und ist auf unserer website zu finden.
- Fachkräfte in der Wohnungsnotfallhilfe:  
Aufgrund des Fachkräftemangels und dem Fachkräfteschlüssel (Sozialarbeiter mit staatlicher Anerkennung) von 100 % in den Einrichtungen und Diensten der Wohnungsnotfallhilfe wünschen sich die Paritätischen Anbieter Austausch. Eine „AG Fachkräfte“ wird angeregt. Mögliche Themen der AG sind: Duales Studium, Träger der WLH bilden aus, Anerkennung aufgrund Erfahrung etc.  
Terminabstimmung für Interessierte Mitglieder wird per doodle abgefragt.
- Versagen der Trägerwohnung durch die SozWH Marzahn: Alle anwesenden Mitgliedsorganisationen bestätigen, dass die SozWH Marzahn Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII

nur in absoluten Ausnahmefällen in Trägerwohnungen bewilligt. Frau Radlbeck nimmt das Thema in den LIGA FA Wohnungsnotfallhilfe mit und freut sich über weitere schriftliche, anonymisierte Beispiele aus der Praxis.

## 5. Externe Gremien:

- LIGA FA WNH: relevante Themen wurden bereits bei den Themen der heutigen FG besprochen.
- LIGA FA Existenzsicherung Positionspapier „Anforderungen an die Sozialpolitik“. Die relevanten Passagen für die Wohnungslosenhilfe wurden unter dem Aspekt Mietenpolitik ergänzt. Das LIGA Positionspapier finden sie auf alsopflieg <https://bit.ly/3ySA52Z>

## 6. Verschiedenes/Termine

- 5. Strategiekonferenz 2021: Einladungen und Programm wurden versandt. Infolge der infektionsschutzrechtlichen Vorgaben wird die Durchführung der 5. Berliner Strategiekonferenz erneut in einem Online-Format erfolgen. Auftakt- und Abschlussveranstaltung finden per Live-Stream auf folgender Seite statt: <https://strategiekonferenz-wohnungslosenhilfe.avepro.io>  
Die verschiedenen Expertinnen- und Expertenrunden finden als Websessions auf der Plattform Big-Blue-Button statt: Eine Liste mit den jeweiligen Zugängen wird im Vorfeld zur Verfügung gestellt.
- Onlinezugangsgesetz (OZG) wurde 2017 beschlossen und soll bis 01.01.2022 umgesetzt sein.  
**Ziel: Alle relevanten Verwaltungsleistungen sind flächendeckend und nutzerfreundlich zu digitalisieren.** Personenbezogene schützenswerte Daten sollen datenschutzkonform verarbeitet werden. Nähere Informationen unter [www.onlinezugangsgesetz.de](http://www.onlinezugangsgesetz.de)  
Das Land Nordrhein-Westfalen ist federführend für den Themenbereich „Arbeit und Ruhestand“ in dem die HzÜ nach §§ 67 ff SGB XII verortet sind. Die Planungsphase ist beendet und sog. Klick-Prototypen wurden erstellt. Pilotberatungsstellen sind geschaffen und identifizieren die Probleme in der Anwendung der Klick-Prototypen. Kritik der Verbände der Wohlfahrtspflege: Bei der Entwicklung der Prototypen wurden fachliche Strukturen durch den Dienstleister (Mc Kinsey) nicht ausreichend berücksichtigt, es gab eine Konzentration auf einzelne Träger. Vielfalt und Transparenz wird nun auf Bundesebene vehement eingefordert.
- Online-Petition #Hauptstadtzulage für Alle: Die gemeinsame Kampagne #HauptstadtzulageFürAlle geht in die nächste Runde. Sie finden die Petition unter [bit.ly/Hauptstadtzulagefüralle](http://bit.ly/Hauptstadtzulagefüralle). Mit zwei Aktionstagen am 10. und 11. Juni wollen wir ein weiteres öffentliches Zeichen dafür setzen, dass gleiche Arbeit auch gleich entlohnt werden muss. Am 10. Juni sind unsere Mitgliedsorganisationen eingeladen, vielfältige und kreative Aktivitäten mit und in ihren Einrichtungen zu planen und diese über Social Media zu teilen. Am 11. Juni sind Trägervertreter\*innen, Kita-Beschäftigte, Eltern und Kinder zu einem Protest auf dem Platz vor dem Roten Rathaus eingeladen. Wenn Sie an der Aktion mitmachen wollen bitten wir um Anmeldung, denn aufgrund der Infektionsschutzbestimmungen ist die TN-Zahl begrenzt. (weitere Informationen siehe Rundmail von Frau Schödl vom 25.05.2021)
- Vergabe von landeseigenen Einfamilienhausgrundstücken in Erbbaupacht an soziale Träger: Der Start des Pilotprojektes zur Vergabe von landeseigenen EFH-Grundstücken verzögert sich weiterhin. Die Höhe des Erbbauzins ist auf politischer Ebene noch nicht endgültig verhandelt. Sobald das der Fall ist, werden Exposés von vorerst 14 Grundstücken auf der LIGA Website gestellt <https://bit.ly/3fEqx3V> Soziale, gemeinnützige Organisationen können sich für die EFH-Grundstücke in einem „schmalen“ Verfahren bewerben.

- Digitale Veranstaltung „Die Funktion der Zivilgesellschaft in Berlin während und nach der Pandemie“ am 9. Juni 2021, 16.00-18.00 Uhr, Keynote: Dr. Eckhard Priller, Wissenschaftlicher Koordinator des Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft und Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium Baden-Württemberg a.D. Ziel der Veranstaltung ist es, mit politisch Verantwortlichen zu diskutieren, wie die Zivilgesellschaft in Berlin weiter gestärkt werden kann. Anmeldung möglich unter:  
Mehr Informationen sowie der Anmeldelink zur Veranstaltung am 9. Juni 2021 unter:  
<http://www.paritaet-berlin.de/index.php?id=1760>
- Nächste Termine der Fachgruppe Wohnungsnotfallhilfe:  
**Dienstag, 22.06.2021 10 – 12 Uhr:** Fachgruppe zum Thema: Aufteilung der Kosten in den Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII→Wir bitten darum Mitarbeitende mit betriebswirtschaftlichen Kompetenzen ihrer Organisation zum Termin zu entsenden.

**Achtung!!!! Dienstag, 20.07.2021 findet nicht statt!!!! Sitzung wird evtl. verschoben;  
Näheres wird in der FG am 22.06.21 besprochen.**

**Dienstag, 17.08.2021 10 – 12 Uhr**

Berlin, 01.06.2021



Daniela Radlbeck